

45.01. - 45.02.



25. VI. 26


Verhandlung gegen O'Brien wegen ~~W~~ b

1/4 10 Uhr

Die Anklage wird verlesen.

Der Inhalt der Anklage besagt, dass Weller O'Brien bereits vor Eröffnung der Nordischen Bank an den Dir. Waldegg herangetreten sei um einen Inseratenauftrag, nach Ablehnung desselben einen angreifenden Artikel in der Allgemeinen Wirtschaft erschienen liess und dadurch die Nordische Bank zwang grössere Inseratenabschlüsse zu machen. Als im August 24 die passive Lage der Bank die ~~Rixakt~~ Leitung zum Entschluss bewog die Inseratenaufträge ablaufen zu lassen, habe der Angeklagte die Herren Waldegg und van Royen gezwungen durch die Drohung in seinen Blättern Stünde und Börse Angriffe gegen die Bank zu führen, sich über den Beschluss der Leitung hinwegzusetzen und trotzdem Inseratenabschlüsse in der Höhe von 30.000.-S zu ~~xxx~~ machen, obwohl die Bank bereits vor dem Konkurs stand. Weiters wird dem Angeklagten zur Last gelegt, dass er nach Eröffnung des Konkurses Van Royen zu bewegen suchte persönlich die Haftung für die Inseratenaufträge zu übernehmen und dieselben zu bezahlen ansonsten er gegen ihn heftige Angriffe erscheinen lasse, während er im Falle der Bezahlung Van Royen mit Angriffen verschonen würde. Van Royen habe die Haftung abgelehnt und erklärt kein Geld zu haben, worauf der Angeklagte den Vorschlag gemacht haben soll, Van Royen solle den Schmuck seiner Frau ihm übergeben an Geldesstatt. Als van Royen dies ablehnte sei dann ein heftiger Artikel gegen die nordische Bank und Van Royen erschienen. Der Angeklagte behauptet dass er ~~zwax~~ allerdings ~~yvgyv~~ um diese Zeit fast täglich bei Waldegg u. van Royen vorsprach, weil, die Inserate nicht bezahlt waren, stellt jedoch jede Erpressung in Abrede.

Der Staatsanwalt teilt mit dass er wegen eines noch



gestern die Anklage gegen O'Brien erhoben habe, beantragt aber die abgesonderte Verhandlung über die heutige Sache.

Der Verteidiger erklärt, dass es sich nicht allein um diesen Antrag handelt, sondern dass auch noch ein Beweisantrag zu stellen sei, da bei den beiden Unterredungen die der Angeklagte mit van Royen gehabt habe, dr. Katscher und Ing. Schnepitschka anwesend gewesen seien und es daher unbedingt notwendig sei diese beiden Zeugen zu vernehmen. Da dieselben jedoch nicht anwesend seien, so sei es notwendig die Verhandlung zu vertagen, resp. die beiden Fakten zu vereinigen.

Der Vorsitzende wiederholt und beleuchtet die beiden Anträge und nachdem der Staatsanwalt sich ebenfalls, für den Fall als die beiden Zeugen wirkliche Tatzeugen waren, für deren Vernehmung ausspricht, ^{dhm/Vors.} erscheint es als notwendig vorerst die Zeugen darüber zu vernehmen, ob und wie lange sie während der Sommermonate von Wien abwesend sind.

Die Zeugen werden aufgerufen und ~~vavöv~~ erklären mit Ausnahme des Zeugen Jaksch, der angibt vom 15. August - 8 September abwesend und wahrscheinlich im Auslande zu sein, dass sie den Sommer in Wien verbringen. und erreichbar sind.

Der Vorsitzende richtet nach Abtreten der Zeugen an den Angeklagten die Frage bezüglich der Tatzeugenschaft der beiden Zeugen Dr. Katscher und Dag Schnepitschka, mit Bezug auf Van Royen und den nächtlichen Besuch den der Angeklagte auf 19 der Zeuge van Royen auf 11 Uhr nachts verlege.

Der Angeklagte gibt an dass es zwei Besuche in den Abendstunden waren. Auf die Bemerkung des Vorsitzenden dass es Anfangs Oktober gewesen verbessert er, dass es Ende September und Anfangs Oktober gewesen sei, unmittelbar vor dem Zusammenbrüche der Bank.

Auf die Frage des Vorsitzenden ob er niemals mit dem Zeugen van Royen unter vier Augen gesprochen habe erklärt der

Angeklagte dass bei der ersten Unterredung, die ungefähr zwei Minuten gedauert habe, Herr Dr. Katscher beigewohnt habe, während bei der zweiten die ungefähr 4 Minuten währte, Ing. Schnepptschka anwesend war, und erläutert die Situation auf die Frage des Richters ob die Zeugen immer und das ganze Gespräch anwesend waren das ~~war~~ so gewesen sei wie wenn der Zeuge am Tisch sitzt und er daneben gestanden sei, es war bei diesem Gespräch immer wer dabei. Der Vorsitzende hält nun dem Angeklagten die Sonderbarkeit, das Auffällige der Tatsache vor, dass er im ganzen Verlaufe der Untersuchung niemals diese wichtige Tatsache erwähnt habe, dass dies erst heute bei der Verhandlung zur Sprache komme.

Der Angeklagte erklärt dass er während der Untersuchung so konsterniert gewesen sei und ~~dies~~ daher dies übersehen habe.

Der Vorsitzende lässt den Zeugen van Royen hereinrufen und stellt an ihn die Frage, ob während des Gespräches mit O'Brien wie dieser behauptete beim ersten Gespräch Dr. Katscher, beim zweiten Schnepptschka anwesend gewesen sein.

Zeuge van Royen erklärt, dass er sich wie bereits gesagt an das erste Gespräch nicht mehr so erinnern könne, und Dr. Katscher allerdings oft bei Unterredungen anwesend gewesen sei, bezügl. des Ing. Schnepptschka beim zweiten Gespräch sei es möglich gewesen dass er in der Wohnung gewesen sei.

Darauf bricht der Vorsitende die Vernehmung und Verhandlung ab und zieht sich mit den Schöffen zur Beschlussfassung zurück.

Nach ungefähr einer Viertelstunde erscheint der Vorsitzende mit den Schöffen und verkündet den

B e s c h l u s s

~~an~~ dem Antrage der Staatsabwaltschaft auf abgesonderte Behandlung der heutigen Angelegenheit keine Folge zu geben und die Verhandlung zwecks Vereinigung der anhängigen Sache mit dem neuen Faktum zu vertagen und die Angelegenheit dem Untersuchungsrichter neuerlich zu überweisen, da durch die Tatsache dasx die Untersuchungschaft

über den Angeklagten auch wegen der neuen Angelegenheit ver-
hängt ist, demselben durch eine Vertagung daher kein Nachteil
~~erwachsen~~ erwachse, die Vereinigung der beiden Strafsachen als die
zweckmässigste Maassregel erscheine.

Die zeugen sind entlassen .

Der Angeklagte abgeführt.

Die Verhandlung ist geschlossen.



In Wien:

10 Groschen

Postsparkassentonto 131.363
Prager Postsparkassentonto
79.346.

Fernsprecher: 2325 Serie.

Leitung und Verlag: Wien,
IX, 3, Universitätsstraße 6-8

Der Abend

„Wo es Stärkere gibt, immer auf Seite der Schwächeren.“

Außerhalb Wiens:

11 Groschen

Preiserhöhung vorbehalten.

Ausland

Monatlich 4 Schweizer Franken
oder deren Kurswert.

Trafficbezug:

monatlich 5 2,60

Postverband:

monatlich 5 3-

Nr. 144

Wien, Freitag, 25. Juni 1926

12. Jahrgang

Wie bei uns gewirtschaftet wird.

Zwei Fälle: Unternehmer und Landwirte bleiben 250 Millionen Schilling Steuern schuldig. Das weggeschwommene Holz von Reichraming.

Oesterreich ist bekanntlich der Bettler unter den Staaten Europas. Es schenkt uns zwar niemand etwas, im Gegenteil, unsere „Wohltäter“ machen an uns recht gute Geschäfte. Aber das hindert sie nicht, uns wie Bettler zu behandeln. Und das Traurigste und Empörendste dabei ist, daß wir diesen entwürdigenden Zustand auf uns genommen haben, ohne daß wir es nötig haben.

Wie der Bettler im Kolportageroman hat nämlich auch unser Staat sozusagen seine heimlich verborgenen Strümpfe, in denen er zur Heberholung aller viel Geld, sogar sehr viel Geld, versteckt hat.

Erst vor kurzem hat der „Abend“ die Öffentlichkeit auf die überraschende Tatsache hingewiesen, daß der Bund am 31. Dezember v. J. nicht weniger als 483,7 Millionen Schilling in seinen Kassen als Reserven liegen hatte.

Der Herr Finanzminister hat es damals zu leugnen versucht. Er hat aber alles zugeben müssen, nur daß er sich damit entschuldigen konnte, daß von diesem Geld 372,4 Millionen nicht zu seiner Verfügung stehen. Unter anderem sind in dieser Summe auch jene berüchtigten Kreditreste von 130 Millionen Schilling enthalten, die wir wohl mit fast 10. v. S. jährlich verlieren müssen, die man uns aber trotzdem nicht gibt.

Nun hören wir von sehr verlässlicher Quelle wieder etwas, was eigentlich noch mehr überraschen muß.

Die Rückstände an direkten Steuern betragen gegenwärtig mehr als 250 Millionen Schilling.

Nun wollen wir uns einmal klar machen, was das bedeutet, daß der Rückstand an direkten Steuern so hoch ist.

Zunächst wäre einmal zu sagen, daß dieser Steuer-rückstand nicht mehr und nicht weniger als die Hälfte jenes Völkerbundkredits darstellt, für den Herr Dr. Seipel vor vier Jahren unsere staatliche Freiheit verkaufte.

Als der Sanierungsplan Dr. Seipels bekannt wurde, hat der „Abend“ von allem Anfang gesagt, es sei nicht notwendig, daß wir für den Sanierungskredit die Sklavendienste der Kontrolle auf uns nehmen. Wir haben damals gesagt, daß wir, wenn wir nur den Mut dazu haben, aus eigenem ebensoviel, wenn nicht mehr aufbringen können. Und dabei waren wir damals noch reicher als heute. Noch war damals unsere Wirtschaft nicht von den Folgen des Börsenkrachs und der verbrecherischen Finanzpekulation verheert worden. Seit damals haben wir ferner zwei Jahre Wirtschaftskrise hinter uns.

Nun konnte der Staat trotz all dieser Schläge vom Völkerbundkredit 130 Millionen Schilling erübrigen, seinen Steuerträgern 250 Millionen Schilling stunden, also insgesamt auf 380 Millionen Schilling verzichten. Wer zweifelt, daß es 1922 möglich gewesen wäre, von den Banken und der Großindustrie, die damals eine Hochkonjunktur hatten, wie noch nie, die fehlenden 120 Millionen Schilling aufzubringen? Freilich hätte die christlichsoziale Regierung in der Folgezeit auch den Mut haben müssen, die Steuern auch wirklich einzutreiben.

Wer hat keine Steuern gezahlt?

Die zweite Frage, mit der wir uns befassen müssen, ist: Wer ist diese Steuern schuldig geblieben? Da muß zunächst gesagt werden:

Arbeiter und Angestellte sind dem Staat keinen Groschen von diesen 250 Millionen Schilling schuldig geblieben.

Arbeitern und Angestellten werden nämlich ihre direkten Steuern sofort vom Lohn abgezogen, sie haben gar nicht die Möglichkeit, Steuern schuldig zu bleiben. Die Schuldung dieser Reisesumme ist also ausschließlich den Unternehmern zuzugute gekommen und den Landwirten.

Auch eine Folge des Abbaues.

Sicher hat sehr viel dazu, daß die Steuerrückstände so riesig angewachsen, der Umstand beigetragen, daß die Steuerbehörden infolge des wahnsinnigen Abbaues zu wenig Leute hatten. Ein großer Teil dieser 250 Millionen wäre vielleicht in die Kassen des Staates geflossen, wenn sie rechtzeitig vorgeschrieben und eingehoben worden wären.

So zeigt sich wieder der Widerspruch des Abbaues. Was auf der einen Seite durch den Abbau an Beamtengehältern erspart wurde, ging auf der anderen Seite an nichtbezahlten Steuern dem Staate verloren.

Um zu ermeßen, was ein Rückstand von 250 Millionen Schilling an direkten Steuern bedeutet, sei nur auf eine Ziffer verwiesen.

Im Staatsvoranschlag für 1926 ist der Ertrag sämtlicher direkten Steuern mit 213 Millionen Schilling angenommen.

Also auf beträchtlich mehr als auf die Steuerleistung eines ganzen Jahres konnte dieser Bettelstaat verzichten! Jetzt werden es vielleicht die Beamten verstehen, warum kein Geld für sie da ist, jetzt werden es vielleicht die Arbeitslosen begreifen, daß ihre Unterstüßungen gekürzt oder gestrichen werden mußten. Die Familie Windberger, deren trauriges Schicksal wir gestern an dieser Stelle schilderten, wird jetzt vielleicht den Grund wissen, warum Vater, Mutter und Sohn trotz ihrer Arbeitslosigkeit keine Unterstützung bekommen. Für sie ist eben bei dieser Wirtschaft kein Geld da.

Die Sparmut der Regierung verursacht einen Milliarden Schaden.

Aus Steyr wird uns mitgeteilt: Im Zuge der verhängnisvollen Seipel-Sanierung ist seitens des Land- und Forstwirtschaftsministeriums ein Erlaß herausgegeben worden, demzufolge die Leistung „unproduktiver Arbeiten“ mit der Strafe der Entlassung der verantwortlichen Bundesforstverwalter bedroht wurde. Als solche „unproduktive Arbeit“ wurde auch die Wegräumung des Schotters aus dem Rechenhofe des Ramingbaches angesehen und so sammelte sich seit zwei Jahren eine Menge Schotter an, die bei dem wolkenbruchartigen Regen, der am 22. und 23. Juni über die Steyrisch-Laufagegend niederging, dem anliegenden Holze den Weg verperrte. Die Wassermassen und das Holz bahnten sich den Weg durch und über den Rechen und vernichteten ihn.

Die dadurch verlorengegangene Holzmenge macht etwa 250 Waggons aus.

Das ist aber nicht der einzige Schaden, sogar der geringste. Viel schlimmer sind die Schäden an den Uferschuttbauten, Brücken und Wehranlagen an der Enns. Gendarmerie und Abteilungen des Bundesheeres mußten aufgebieten werden, um die Brücken zu schützen. Das kostet nun alles ein Vielfaches der Instandhaltung des Rechenhofes, ganz abgesehen davon, daß nun eine ganz neue Rechenanlage geschaffen werden muß. Es wird den Staat Milliarden kosten, um den früheren Zustand wieder herzustellen, selbst wenn die Gemeinden im Ennsgebiet, die ebenfalls schwer getroffen sind, nicht ganz entschädigt werden. So schaut es aus, wenn an falscher Stelle in blinder Wut gespart wird.

„Arbeitervertreter“ nach dem Geschmack der Unternehmer.

Längst war es ein offenes Geheimnis, daß die christlichsozialen, deutschnationalen und nationalsozialistischen sogenannten „Arbeitervertreter“ nichts anderes sind als Soldlinge der Unternehmer, daß sie von Unternehmern gelohnt leben und nur den Zweck haben, die Arbeiter durch Spaltungen zu schwächen und Unternehmernwünschen gefügig zu machen. Wenn diese Tatsache noch eines Beweises bedürfte hätte, dann ist er jetzt erbracht worden.

Der Hauptverband der Industrie Oesterreichs hat anlässlich der Wahlen in die Arbeiterkammer die Unternehmer des Bezirkes St. Pölten offen in den Dienst der Wahlpropaganda für die Deutschvölkischen gestellt.

Uns liegt folgendes Schreiben vor:

„Reg. Nr. 21/2/S. St. Pölten, 21. Juni 1926.
Geehrte Firma!“

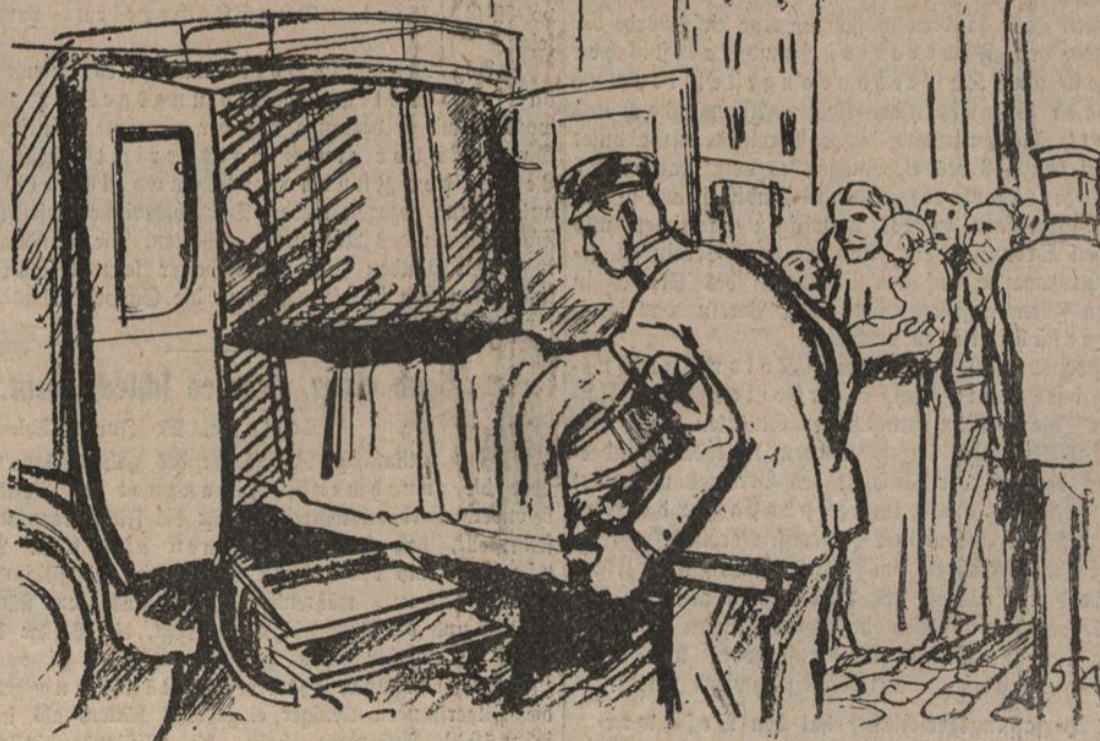
Sehr wichtig!

Wir bitten Sie, die beiliegenden Stimmzettel in geeigneter Form unverzüglich zur Verteilung zu bringen.

Hauptverband der Industrie Oesterreichs,
Sektion St. Pölten.
(Unterschrift)“

Dem Schreiben lagen Stimmzettel für die Listen der Deutschvölkischen bei.

Ein zweckmäßiger Weg zum Abbau der Arbeitslosenfürsorge. Den Regierungsparteien und ihren Auftraggebern vom Schwarzenbergplatz empfohlen.



Wenn sich noch viele Arbeiter umbringen, wird sich die Kauferei wegen der Arbeitslosenfürsorge bald von selbst aufhören.



Ein neues Verbrechen der Anglobank.

Sie schächert um die Abfertigungen.

Wir haben vor einigen Tagen berichtet, wie die Londoner Herren der Anglobank unter Mithilfe der Kreditanstalt die Beamten der Anglobank im Gegensatz zu den Verwaltungsräten und Direktoren behandeln. Während den Verwaltungsräten und Direktoren auch jetzt noch Riesenvermögen an Abfertigungen und Pensionen zugeschanzt werden, und viele von ihnen überdies in die Kreditanstalt übernommen werden dürfen, werden von den elfhundert Angestellten nur etwa vierhundert übernommen und da ist die Kreditanstalt bemüht, sich nur jene herauszusuchen, die ihnen durch Vermögen oder Namen passen.

Die Anglobank geht nun daran, ein neues Verbrechen an ihren Angestellten zu begehen. Sie hat mit ihren Angestellten vor einiger Zeit ein mündliches Übereinkommen über die Höhe der auszuzahlenden Abfertigungen getroffen.

Möglichst ist der Londoner Vertreter der Anglobank, der Direktor M. P. Friend, bemüht, durch Einzelverhandlungen mit den Beamten die Höhe der vereinbarten Abfertigungen herabzudrücken.

Dieser Bruch der mündlichen Vereinbarung hat ungeheure Empörung unter der Beamtenschaft hervorgerufen, die auf der Einhaltung des Vertrags besteht.

Dieses Vorgehen der Direktion ist umso niederträchtiger, als zum Beispiel ein Direktor als Abfertigung 50.000 Schilling und weit darüber und 1100 Schilling monatliche Pension auf Lebensdauer erhält. Bei den zwölf Direktoren, die es in der Anglobank gibt, wird also, wie man sieht, nicht gekautert. Ebensoviele bei den Generalräten.

Dabei wird von den Beamten die Durchführung der Liquidationsarbeiten bis zum 28. Juli gefordert und die Beamtenschaft, pflichtbewusst wie sie immer war, arbeitet jetzt bis spät in die Nacht hinein. Es ist fraglich, ob sie das auch fürherhin bei solcher Behandlung von seiten der Leitung tun wird.

Heute, um 11 Uhr vormittags, fand in der Anglobank unter Zuziehung eines Gewerkschaftsvertreters eine Sitzung der Anglobankleitung statt, die gegen den schärfsten Einspruch der Personalvertretung den Abbau der Beamtenschaft beschloß. Auf Grund dieses Beschlusses wird der Beamtenschaft jetzt gekündigt.

Heute soll Dr. Rintelen Minister werden.

Heute mittag um halb 1 Uhr trat der Hauptauschuss zu einer Sitzung unter dem Vorsitz des Präsidenten Miklas zusammen. Dr. Rintelen soll dabei zum Unterrichtsminister vorgeschlagen werden. Nach 1 Uhr wird eine Vollsitzung des Nationalrates beginnen, in der die Wahl Dr. Rintelens vorgenommen werden soll.

Dr. Rintelen ist zu der heutigen Hausführung nicht erschienen. Er hat Wien gestern abend verlassen und sich nach Graz begeben, wo heute die Entscheidung über seinen Nachfolger als Landeshauptmann von Steiermark getroffen werden soll. Noch immer behauptet sich das Gerücht, daß Abg. Dr. Gürtler sich bereit erklärt habe, den „Statthalter“ für Rintelen in Graz zu spielen. Der Abgeordnetenkreis der Sozialdemokraten hält zur Stunde eine vertrauliche Sitzung ab.

Endlich ein Mißerfolg der Arbeiterfeindschaft der Regierung.

Der Verfassungsgerichtshof unter Vorsitz des Präsidenten Vitorelli hat heute vormittag sein Urteil über die Beschwerde zweier durch das Bundeskanzleramt verbotener Vereine veröffentlicht. Der „Abend“ hat über diesen Streitfall bereits berichtet.

Im ersten Falle handelte es sich um eine Beschwerde der beiden Gründer der „Föderation sozialistischer Hotel-, Gast- und Kaffeehausangestellter und verwandter Berufe“, der Kellner Alfons Bach und Franz Mattl. Die Gründung dieses Vereines wurde unter Berufung auf den § 6 des Vereinsgesetzes vom Jahre 1867 verboten, weil der Gedanke des Anarcho-Syndikalismus in unpersonlichen Gegensatz zu der derzeitigen staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung stehe und die vom Verein zu gewärtigende Propaganda auf den Untergang des Staates in seiner jetzigen Form abzielen würde. Der Verein war somit als staatsgefährlich verboten.

Im zweiten Falle war dem „Kolonisationsverband österreichischer Arbeiter und Angestellter“ die Genehmigung seiner Statuten unter Berufung auf dasselbe Gesetz verweigert worden, weil das Bundeskanzleramt in der mit der Tätigkeit des Vereines unbedingt verbundenen „Auswanderungspropaganda“ eine Gefährdung wichtiger allgemeiner Interessen erblickte.

Der Beschwerdeführer im ersten Fall, Dr. Franz Kobler, wendete ein, daß das Vereinsgesetz vom 15. November 1867 durch ein Gesetz der provisorischen Nationalversammlung vom 30. Oktober 1918 aufgehoben und damit volle Vereins- und Versammlungsfreiheit gewährt wurde.

Der Verfassungsgerichtshof hat den Beschwerden in beiden Fällen stattgegeben, das Verbot der Vereine aufgehoben und das Bundeskanzleramt zur Tragung der Kosten verurteilt.

Im Falle des Vereins „Föderation sozialistischer Hotel-, Gast- und Kaffeehausangestellter“ hat der Verfassungsgerichtshof erklärt, das Verbot eines Vereins nach § 6 des Vereinsgesetzes vom Jahre 1867 (der Verfassungsgerichtshof hat damit ausgesprochen, daß er die Wirksamkeit dieses Gesetzes auch heute noch anerkennt) durfte nur erfolgen, wenn der Verein gesetz- und rechtswidrige, sowie staatsgefährliche Ziele verfolgte. Die Staatsgefährlichkeit, Gesetz- oder Rechtswidrigkeit konnte aber auf Grund der Statuten nicht begründet werden.

Bezüglich des Kolonisationsverbandes hat der Verfassungsgerichtshof entschieden, daß das Verbot ungesetzmäßig sei, weil keinerlei Gründe für die Staatsgefährlichkeit bei diesem Verein gegeben seien.

Ein doppelter Justizmord in den Vereinigten Staaten.

In South Braintree (im Staate Massachusetts, Vereinigte Staaten) wurden am 15. April 1920 der Kassier einer Schuhfabrik und sein Begleiter ermordet. Das ist der Ausgangspunkt des schändlichsten Justizverbrechens, dessen sich die „freie“ Republik der Welt, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, schuldig gemacht hat. Niemand weiß, wer dieses Verbrechen begangen hat, aber jeder weiß, daß die zwei Arbeiterführer italienischer Nationalität Sacco und Vanzetti, die dort den Jorn der Industriearbeiter von Massachusetts heraufbeschworen haben, mit dieser Tat nichts zu tun haben. Aber die amerikanische Geheimpolizei, deren himmelschreiende Verbrechen wir aus den Urkunden des Buches von Upton Sinclair „Hundert Prozent“ kennen, hat in ihrem Verhör dritten Grades mit ihren mittelalterlichen Foltern an Gefangenen und Verdächtigten Zeugen gefunden, die Sacco und Vanzetti des Raubmordes beschuldigen. Die grausamen Folterungen der amerikanischen Polizei haben sogar den mexikanischen Arbeiter Salcedo getötet.

Obwohl Zeugen ausfagen, daß sich Sacco in der Stunde des Verbrechens in Boston und Vanzetti in Plymouth befanden, wurden die beiden revolutionären Arbeiterführer zum Tode verurteilt. Es ist unsäglich und geradezu unglaublich, daß nicht etwa bei den Wilden, sondern in dem zivilisierten Land der Welt ein solches abscheuliches Verbrechen von der staatlichen Gerechtigkeit begangen werden kann. Das Todesurteil hat in der ganzen sozialistischen Welt fürchterliche Empörung hervorgerufen.

Das Urteil ist vor längerer Zeit gesprochen worden. Die zur Hinrichtung auf dem elektrischen Stuhl verurteilten Märtyrer haben Einspruch erhoben. Aber dieser Einspruch hat das Appellationsgericht von Massachusetts die Berufung der beiden Angeklagten verworfen. Als den beiden Unschuldigen, die seit sechs Jahren im Kerker sitzen, der Beschluß des Appellationsgerichtes verkündet wurde, erklärten sie: „Wir werden den Richtplatz mit festen Schritten und erhobenem Haupt betreten“ und Vanzetti schrieb einem seiner Freunde: „Sicher, daß für uns alles beendet ist. Sei nicht traurig und setze deine Befreiungsarbeit fort.“

Die internationale Arbeiterschaft darf nicht dulden, daß dieser Mord ausgeführt wird. Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti müssen gerettet werden.

Wie der schwedische Zündholztruff arbeitet.

Warschau, 25. Juni. (Wolff.)

Der Budgetausschuss des Sejm nahm gestern trotz lebhafter Kritik einen Gesetzesentwurf an, wodurch die Regierung ermächtigt wird, eine 6-Millionen-Dollar-Anleihe mit der Zündholz-Monopol-Aktiengesellschaft abzuschließen.

Der Berichterstatter Abg. Byrka verlas einen Brief der Obersten Rechnungskammer, worin festgestellt wird, daß bei dem Abschluß des Abkommens mit der Zündholz-Monopol-A.-G. starke Durchstechereien vorgekommen seien.

Abg. Byrzilowski erklärte, es seien einige tausend Dollar Bestechungsgelder verausgabt worden und er verlange, daß der gewesene Ministerpräsident Grabski vor ein Staatsgericht gestellt und der Leiter der Zündholz-Monopol-A.-G. zur Verantwortung gezogen werde. Die schwedische Gesellschaft habe sich nicht an das Abkommen gehalten. Die Zündholzfabriken in Polen ständen still, die Arbeiter seien beschäftigungslos und inzwischen überschwebten die Schweden das Land mit ihren Zündholzfabrikaten.

Nach einer, dem es schlecht geht.

Mailand, 25. Juni. (Tel.-Comp.)

Der vatikanische Mitarbeiter des „Ambrosiano“ berichtet über die zunehmende Finanznot des Vatikans. Die besondere Kardinalskommission für die Finanzverwaltung habe festgestellt, daß die Einnahmen aus dem Peterspfennig und den anderen Quellen in beträchtlicher Weise zurückgehen, während sich die Ausgaben ständig vermehren und die Notwendigkeit vorliegt, die Bezüge der Geistlichen zu erhöhen. Das heilige Jahr sei vom finanziellen Gesichtspunkte aus eine Enttäuschung gewesen, da die Pilgerspenden weniger eingebracht hätten, als im Jubeljahr 1900. Außerdem habe die Missionsausstellung dem Vatikan einen Verlust von mehreren Millionen verursacht. Trotzdem habe der Vatikan große Verpflichtungen für Neubauten usw. auf sich genommen.

Ungarische Rechtspflege.

Budapest. (Fernsprechdienst des „Abend“.)

Wie bekannt, befinden sich die Führer der unabhängigen Arbeiterpartei (der Bagy-Gruppe) und Bagy selbst seit vielen Wochen in Haft. Vor einiger Zeit begannen sie einen Hungerstreik. Gestern verhaftete nun die Polizei den stellvertretenden Vorsitzenden der Reichsparteileitung namens Stephan Guber auf Grund eines Haftbefehles eines Provinzgerichtes aus dem Jahre 1920. Ueber sechs Jahre lang fiel es der Polizei nicht ein, diesen Haftbefehl auszuführen, jetzt aber, da Guber zum stellvertretenden Vorsitzenden der Bagypartei gewählt wurde, wurde er verhaftet.

Das Einreiseverbot für die russischen Jungarbeiter.

Das Komitee der Arbeitenden Jugend Oesterreichs, der Parteilosen, Sozialdemokraten und Kommunisten angehörend, veranstaltete gestern abend in der Volkshalle des Neuen Rathauses eine Einprüfungsversammlung gegen das Verbot der Einreise der russischen Jungarbeiterabordnung.

In der Versammlung, die von ungefähr dreitausend Personen besucht war, sprachen sich die Redner aller Parteirichtungen gegen die unerhörte und unsinnige Willkür der Regierung aus, die nicht gebuldet werden dürfe. Redner Müller vom Bund der Freidenker brachte auszugewiesene den gestrigen Leitartikel des „Abend“ zur Verlesung, der dem furchtbaren Schicksal des arbeitslosen Selbstmörders gewidmet war. Statt diesen furchtbaren Zuständen, an denen sie schuld ist, abzuhelfen, greift die Regierung zu solchen läppischen Mitteln, wie zu dem Einreiseverbot für die Jungarbeiterabordnung.

Der Vorsitzende sprach dann dem „Abend“ den Dank dafür aus, daß er den schärfsten Kampf gegen diese Mächtigkeiten der Regierung aufgenommen habe. Die arbeitende Jugend ist davon überzeugt, daß der „Abend“ in diesem Kampf auch weiterhin nicht nachgeben werde. Schließlich wurde noch eine Abordnung gewählt, die im Bundeskanzleramt wegen Aufhebung des Verbotess vorzusprechen wird, und dann mit allen Stimmen der Versammlungsmitglieder eine Entschliessung angenommen, die in schärfster Weise gegen das Vorgehen der Regierung Einspruch erhebt.

Die Zahl der Wachleute, die im Rathauspark, beim Burgtheater und an verschiedenen anderen Orten, teils versteckt, teils offen, zu Fuß und hoch zu Ross, aufgestellt waren, war außerordentlich groß.

Nach Schluß der Versammlung gab es vor dem Rathaus einen „Feldherrnhügel“, Befehle, Kommandos und da schon gar kein Anlaß zum Einschreiten war, aber um jeden Preis „geamtshandelt“ werden mußte, wurde der Zugang durch die Reichsratsstraße zur Luisenparkstraße abgesperrt. Man mußte durch die Ebdorfstraße gehen. So ist halt doch etwas geschehen.

Hausfrauen, lauft auf den Märkten ein!

Hausfrauen, glaubt nicht, es komme auf ein paar Groschen Ersparnis im Haushalt nicht an! Rechnet euch aus, wieviel es ausmacht, wenn ihr täglich nur 50 Groschen durch Einkauf bei billigeren Quellen erübrigt! Es sind doch immerhin fünfzehn Schilling, um die ihr für den Mann, das Kind, für eu lechteste oder für Wohnung und Küche irgend einen notwendigen Gegenstand anschaffen könnt! Geht nicht ins erste Beste Geschäfte, nur weil es euch „bequem“ liegt oder weil euch der Verkäufer mit „Gnädige“ anspricht! Sucht den Kaufmann, der euch gut und preiswert bedient, und geht so oft ihr könnt auf den Markt!

Gegenwärtig erspart ihr bei Gemüse und Obst bis zu 50 v. H. Die Karfchen bezahlt ihr auf dem Marke mit 0,70 bis 1 Schilling das Kilogramm, Ribisel mit 1 Schilling, Annanaserdbeeren mit 1,40 bis 1,60 Schilling, Walderdbeeren mit 2,80 Schilling. In den Geschäften — nicht in allen, denn es gibt natürlich auch in den Bezirken anständige Kaufleute, weiße Raben, — etwa 1,20 bis 2 Schilling für Karfchen, 1,20 bis 1,60 für Ribisel, 2,80 bis 3,20 Schilling für Annanaserdbeeren und 4 Schilling für Walderdbeeren.

Das gleiche gilt für Gemüse. Ihr bekommt Karfiol, schöne Rosen, um 20 Groschen, Spargelbohnen um 60 Groschen, Salat um 5 Groschen das Häuptel!

Wir wollen nicht alle Preise aufzählen! Ueberzeugt euch selbst und laßt euch die Mühe nicht verdienen — wenn ihr nur irgendwie die Zeit für den Besuch des Marktes aufbringen könnt!

Anfall auf einem ungarischen Sportplatz.

Budapest. (Fernsprechdienst des „Abend“.)

Gestern abend ereignete sich auf dem heiligen Sportplatz Szegener, ein Sportplatz, wo insbesondere Mitglieder aristokratischer und rechtsstehender Vereine spielen, ein furchtlicher Unglücksfall. Gegen sieben Uhr abend übte der Sportman Franz Nizalovszky im Speerwurf. Auf der benachbarten Abtheilung des Sportplatzes wurde Tennis gespielt. Einer der Tennisbälle fiel auf den lag, auf dem der Speerwurf geübt wurde. Ein zwölfjähriger Schüler, namens Labislans Pauker, der sich dadurch einen Verdienst schaffen wollte, daß er die Tennisbälle aufnahm, lief nach dem Ball. In diesem Augenblick machte Nizalovszky einen Wurf mit dem Speer, der fünfzig Meter weit durch die Luft fauste. Der Speer traf das Kind, durchbohrte ihm das Herz und der unglückliche Junge starb binnen wenigen Minuten.

Die amtliche Wettervorhersage. Wahrscheinlich noch vorwiegend trüb regnerisch und kühl.

Nachrichten von heute früh

Benesch bleibt. Der Präsident der Republik hat die Kette dadurch gelöst, da er erklärt hat, jede Auseinandersetzung über den Rücktritt des Ministers sei ausgeschlossen.

Wien.

In einem neuen Streit zwischen der Regierung und den Angestellten ist es gekommen, weil Herr Reich einen wichtigen Beschluss des Hauptvorstandes der Bundesangestellten-Krankenkasse aufgehoben hat.

Eine neue Einführung haben die Bundesbahnen getroffen, die allerdings für Proletarier nicht in Betracht kommen dürfte.

Eine Affenschande ist es, in der heutigen „N. Fr. Pr.“ an leitender Stelle jenen Ausfall des englischen „Arbeiterführers“ Snowden zu finden, mit dem sich der „Abend“ schon vorgestern beschäftigt hat.

Tot aufgefunden wurde Karl Schopf, der dritte von den auf dem Scheißbühlstein verunglückten Bergsteigern.

Die Turf-Karoline hat, wie der „Abend“ seinerzeit berichtet hat, gegen die Verlegerin Paula Rasch einen Ehrenbeleidigungsprozess angestrengt.

Verschiedenes.

Das Hochwasser hat Schäden angerichtet, wie schon seit Jahrzehnten nicht. Der Inn steigt, auch die deutschen Flüsse sind über die Ufer getreten.

Abgebrochen wurde das Reinhardt-Gastspiel in Budapest. Die Wiener Schauspieler stellten dort „Die Gefangene“ von Bourdet dar.

Der Frau Cäcilie Tornay besucht, die in Budapest ein stadtbekanntes Liebespaar sind und deren Gerichtsverhandlung erst vor kurzem das Stadtgespräch gebildet hat.

Geflüchtet sind Thomas Vollenhals und sein Sohn, die vom Grazer Landesgericht zu schweren Kerkerstrafen verurteilt worden sind.

Ein fürchterliches Ende hat eine hakenkreuzlerische Lausbiberei genommen. In Peppenheim bei Frankfurt wollte der Arbeitergesangsverein im Hof der dortigen Realschule eine Fahnenweihe begehen.

Wiederum zwei Kinder ermordet. In Duisburg fand man die Leiche eines sechsjährigen Mädchens, die von Stichen durchbohrt war.

Rauschgift in Grabsteinen entdeckte die Hamburger Polizei. Eine Budapest Expedition unternehmung hat an eine gleiche in Hamburg Grabsteine geschickt.

Wirtschaft und Börse.

Die Alpine Montangesellschaft veröffentlicht heute ihre Goldbilanz, die ein Eigenvermögen von 102 Millionen Schilling ausweist.

Panzerkreuzer Potemkin
Ab heute bis 1. Juli:
Burg-Kino, I.
Elbte-Kino (Kleine Bühne), I.
Kärntner-Kino, I.
Rotenturm-Kino, I.
Tuchlauben-Lichtspiele, I.
Central-Kino, II.
Busch-Kino, II.
Eos-Lichtspiele, III.
Löwen-Kino, III.
Haydn-Kino, VI.
Lichtspiele Wienzeile, VI.
Maria-Theresien-Kino, VII.
Heimat-Kino, IX.
Colosseum-Kino, IX.

Heute erschienen:
„Der Götz von Berlichingen“
mit dem Siebzig-Millionen-Kreuzworträtsel
Erläuternde Bemerkungen zu unserer Kreuzworträtselserie im „Morgen“ vom 21. Juni 1926

Sonntagsausflüge.
Halbtagsausflug, Gehzeit 3 bis 4 Stunden.
Wödling—Susarentempel.
Nach Wödling entweder mit der Südbahn oder mit der Straßenbahn Linie 60 bis Mauer und weiter mit der Linie 360.
Zugausflug (mit Nächtigung) Gehzeit 11 Stunden
Schneeberg. Aufstieg durch das Weichtal, Aufstieg Fadenwände.

Herausgeber: Carl Colbert. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Siegfried Klausner, Wien, 9. Bez., Universitätsstraße 6—8.



Alois Wlcek.

feierte dieser Tage sein 30jähriges Dienstjubiläum als Majormist der Wiener Burghauptmannschaft.
Aufnahme **Abend.**



Alt-Wiener Bilder 6.

Rotenturmstoss und Rastel. Benannt wurde dieses Tor nach dem „roten Turm“, der schon im zweiten Jahrzehnt des 13. Jahrhunderts erwähnt wird. Als das Tor, das direkt zur Schlagbrücke und somit zur Leopoldstadt führte, spielte es schon früh eine große Rolle, es blieb auch das größte Tor in dem an der Donau gelegenen Teil der Stadtbefestigungen. Auf seiner Bastion hatte schon 1814 der Kaffeehändler Ambros Augustini eine Kaffeehütte, die später verlegt werden mußte. Am 23. August 1819 wurde das Häuschen auf Walzen auf die Biberbastei verschoben, was ein Schauspiel abgab, dem eine große Menge mit dem Kaiser Franz an der Spitze beiwohnte.
(Aus den städtischen Sammlungen.)

Enthüllung eines Karl Hagenbed-Denkmals in Hamburg-Stellingen.

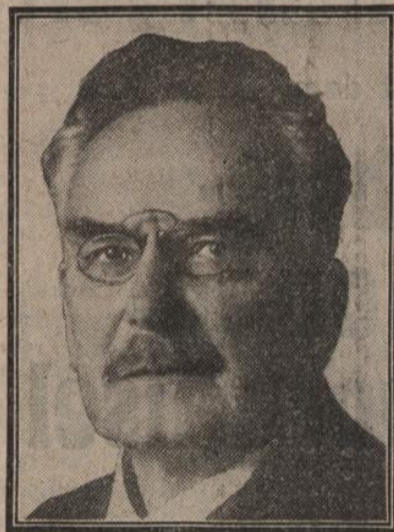


Eine nützliche Beschäftigung für junge Damen!

Das Leben ist heutzutage schwer, mit dem weiblichen Liebreiz allein ist nichts zu machen; vielleicht geht's mit dem Bogen?



Könige haben allerlei wichtige Regierungsgeschäfte. Hier sehen wir den erlauchten Alfons XIII., in dessen Reich die Sonne nie aufgeht, wie er auf der internationalen Viehausstellung in Madrid einem Esel die Nase krauht. So ein dummer Esel kommt natürlich nicht auf die Idee, Gleiches dem Gleichem zu erwidern.



Dozent Dr. Hans Wollsch,
der neue Rektor der Wiener Universität.
(Photo Sarkany.)



Wiener Künstlerinnen 78.
Frl. Marietta Sandauer.
Modernes Theater. **Aufn. Abend**



Ein neuer Sport.
Das Rhönrad wird im Berliner Stadion vorgeführt.



Ein eigenartiger Wohnbau in Berlin-Brick. Er umfaßt einige hundert Wohnungen.

RECHTSANWALTSKANZLEI

Dr. OSKAR SAMEK

WIEN, I. SCHOTTENRING 12. 11

118

Frans

ca

44/2111

Stunde

2 1/2
Weller B. Miller

W. M.



118

W. B. Miller

